

II- 6033 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3078 /J

1988 -12- 0 2

A N F R A G E

des Abgeordneten Pilz und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Robert Lichal und dessen Auffassung der Rolle des Bundesheeres als innenpolitischer Machtfaktor

Das Verhältnis der konservativen Regierung zur bewaffnenden Macht sowie deren Verwendung als innenpolitischer Faktor hat in der ersten Republik wesentlich zum Niedergang der Demokratie beigetragen. In einer kürzlich bekanntgewordenen Studie des Institutes für strategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie kommt eine Haltung zum Ausdruck, die in fataler Weise an Zustände der ersten Republik erinnert. Diese Haltung, die im übrigen vom Bundesminister für Landesverteidigung in öffentlichen Äußerungen voll gedeckt wird, hat dazu geführt, daß innerhalb des Ressorts des Verteidigungsministers innenpolitische Vorgänge beurteilt und aus diesen Beurteilungen Handlungsoptionen für das Bundesheer entwickelt werden. Die "vorbeugenden Maßnahmen", die von den Verfassern als notwendiges Handlungserfordernis für das Bundesheer dargestellt werden, sind gegen politische Organisationen gerichtet, die ihre Tätigkeit aufgrund der österreichischen Verfassung in demokratischer Weise ausüben. In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A N F R A G E :

1. Welche gesetzlichen und sonstigen Rechtsvorschriften umschreiben den Wirkungsbereich des Bundesministers für Landesverteidigung?
2. Welche Aufgaben kommen aufgrund der Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung dem Bundesminister für Landesverteidigung hinsichtlich der Beurteilung und Beobachtung innenpolitischer Vorgänge sowie der daraus zu ziehenden Konsequenzen zu?

3. Welche Maßnahmen sind aufgrund der geltenden Rechtsordnung gesetzlich zulässig, die sich auf die Beobachtung der Tätigkeit politischer Parteien und der Planung von "vorbeugenden Maßnahmen" sowie der ständigen Beobachtung ihrer Tätigkeit durch Sicherheitsorgane dieser Republik beziehen?
4. Welche Mitglieder der Bundesregierung führen derartige Aktivitäten durch?
5. Ist nach Ihrem Verständnis der rechtlichen Grundlagen für die Zuständigkeit der einzelnen Mitglieder der Bundesregierung die Erstellung einer Studie über innenpolitische Vorgänge und die daraus abzuleitenden Konsequenzen für den Handlungsbedarf des Bundesheeres durch den Bundesminister für Landesverteidigung zulässig?
6. Wie beurteilen Sie die Haltung des Verteidigungsministers, der öffentlich erklärt hat, die Erstellung solcher Studien falle in seinen Zuständigkeitsbereich?
7. Haben Sie mit dem Bundesminister für Landesverteidigung über diese Studie ein Gespräch geführt?
8. Was war der Inhalt und das Ergebnis dieses Gesprächs?
9. Werden Sie dem Bundespräsidenten gemäß Art.70 Abs.1 des Bundes-Verfassungsgesetzes den Vorschlag erstatten, Robert Lichal aus der Bundesregierung zu entlassen?